

## **2008-2011 – Krise ohne Widerstand?**

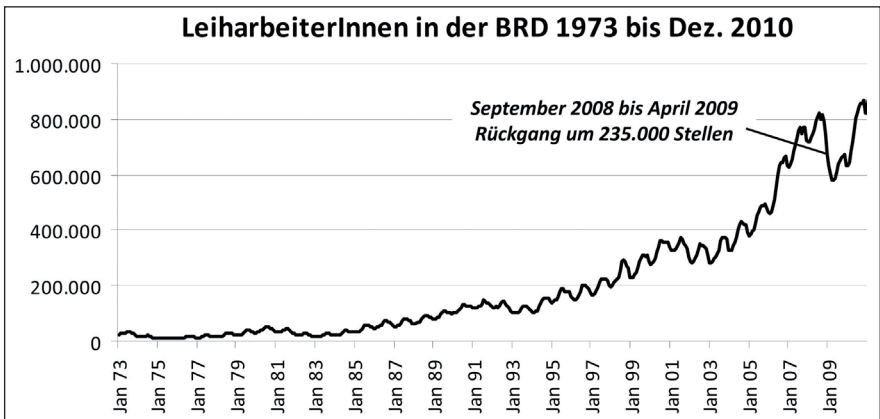
Die Herrschenden in Deutschland hatten das große Glück, bei Ausbruch der Finanzkrise über einen geschlossenen Block in Form der großen Koalition zu verfügen, die bei den – u.a. wegen der Durchsetzung der Sozialreformen – vorgezogenen Neuwahlen von 2005 nach recht langwierigen Koalitionsverhandlungen zustande gekommen war. In dem extrem kooperationsbereiten Verhalten der Gewerkschaften, das in der gemeinsamen Initiative von DGB und BDA für die Tarifeinheit gipfelte, schien dieser Block seine gesellschaftliche Ergänzung zu finden. Zum Jahresende 2010 stellte die FAZ am 27. Dezember 2010 in einem Dankeschön an die Gewerkschaften rückblickend fest: „Viele Unternehmer loben die gute Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften während der Krise. Ob daraus dauerhaft ein entspanntes Verhältnis entsteht, ist offen. Der alte Klassenkampf blitzt jedoch nur noch selten auf.“ In linken Analysen wurde mit einer gewissen Ratlosigkeit ausgeleuchtet, wie diese „Krise ohne Widerstand?“ (Seppmann 2010) oder „Krise ohne Konflikt?“ (Detje u.a. 2011) zu verstehen sei, zumal sich in Griechenland oder Frankreich Kämpfe entwickelten, deren Radikalität besser zum Ernst der Lage passte.

In diesen Analysen zeigt sich, dass die Krise 2008/2009 nicht wie in den 1930er Jahren als abrupter gesamtgesellschaftlicher Zusammenbruch erlebt wurde. Erstens wurden verschiedene Branchen, Betriebe und Belegschaftsteile sehr unterschiedlich von der Krise getroffen und zweitens befanden sich viele der von Prekarisierung und Arbeitslosigkeit Betroffenen nach eigenem Bekunden schon seit Jahren in der „Krise“. Sowohl der Regierung wie den Gewerkschaften war klar, wie bedrohlich die Situation war. Daher wurde enorm viel unternommen, um erstens die Krisenfolgen abzumildern und zweitens die Ausbreitung von Unruhe und Protest sehr aktiv zu verhindern. Konflikte und Widerstand blieben nicht einfach aus, sondern wurden – gerade durch die Gewerkschaften – massiv verhindert. In der öffentlichen Wahrnehmung trug vor allem die hektische Verlängerung der Kurzarbeiter-

regelungen zur Vermeidung von Entlassungen bei. Noch wichtiger war aber die Ausnutzung der Arbeitszeitflexibilisierung, die seit dem „Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung“ von 1984 stark zugenommen hatte. Insgesamt verringerte sich die Jahresarbeitszeit 2009 um 41,3 Stunden pro Beschäftigten, was rechnerisch der Sicherung von 1,2 Mio. Beschäftigungsverhältnissen entspricht – davon ergaben sich 13,4 Stunden aus der Kurzarbeit, 7 Stunden aus dem Abbau von Plusstunden auf Arbeitszeitkonten und 9,8 Stunden aus dem Rückgang bezahlter Mehrarbeit (IAB-Kurzbericht 22/2010). Einen weiteren wichtigen Puffer zur geräuschten Verarbeitung der Krisenfolgen bildete die Leiharbeit.

### **Leiharbeit – die größte Entlassungswelle 2008**

Im Schaubild (nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit) ist erstens zu erkennen, wie dramatisch die Leiharbeit seit der Krise 2002/2003 und den Hartz-IV-Reformen angestiegen ist – dabei handelt es sich nur um die offiziell registrierten Leiharbeitsverhältnisse und wir können davon ausgehen, dass sie auf eine vergleichbare Zunahme anderer prekärer Beschäftigungsformen hinweisen. Zweitens zeigt der Einbruch zwischen September 2008 und April 2009, dass die Leiharbeit in Deutschland in einer völlig neuen Dimension als Puffer wirken konnte.



Faktisch kam es zwischen September und April zu einer der größten betrieblichen Entlassungswellen, die fast unsichtbar blieb, weil es sich um LeiharbeiterInnen handelte, die von den Gewerkschaften oder Betriebsräten kaum vertreten bzw. sogar dankbar instrumentalisiert werden. Viele Betriebsräte konnten für ihre Stammbeschaftungen Einschnitte verhindern und Konflikte vermeiden, weil jetzt genügend Leihkräfte da waren, die umstandslos vor die Tür gesetzt werden konnten.

ten. Bei einem der wenigen bekannt gewordenen Fälle von Widerstand hatten 200 entlassene Leiharbeiter von VW in Hannover die Sitzung des Betriebsrats besucht, da die IG-Metall nichts für sie tun wollte. Mit Hilfe des Werksschutzes versuchte der Betriebsrat, sie aus der Sitzung zu drängen. Durch ihre Aktionen, einen Hungerstreik und schließlich auch in Gerichtsverfahren konnte ein Teil die Weiterbeschäftigung durchsetzen (siehe Dossier „VW allgemein“ bei *labournet*). Zu einem anderen, aber ebenso isolierten Konflikt um die Leiharbeit kam es bei der zur *Tablel-Gruppe* ausgelagerten Druckerei der *Kieler Nachrichten*. Dort hatten es die 400 LeiharbeiterInnen gewagt, einen Betriebsrat zu wählen, um gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen vorzugehen, woraufhin sie zum 1. Juli 2010 gekündigt wurden. Trotz einer selbst organisierten Demonstration und einer gewissen Solidarisierung aus der linken Szene konnten sie die Entlassungen nicht verhindern – zumal sie den alteingesessenen Betriebsratsfürsten, der zugleich dem ver.di-Ortsverein vorstand, und mit den *Kieler Nachrichten* einen wichtigen Teil der Öffentlichkeit gegen sich hatten (*express* 7/2010, *Arbeiterpolitik* 4/2010).

### **Hafenarbeiter gehen auf die Barrikaden**

Einige Male flammten in verschiedenen Teilen des Landes kleine Kämpfe, Streiks oder sogar Betriebsbesetzungen auf, die aber entweder schnell durch gewerkschaftliche Vermittlung beigelegt wurden oder isolierte Erscheinungen blieben, von denen nie der Funke auf andere Bereiche oder Betriebe übersprang: Die einwöchige Betriebsbesetzung bei *HWU* (Hohenlockstedter Walz- und Umformwerk) in Schleswig-Holstein im Dezember 2008, eine 13-stündige wilde Arbeitsniederlegung und Torblockade beim Autozulieferer *Takata-Petri* in Aschaffenburg im Oktober 2009, der Konflikt um *Kolbenschmidt* in Hamburg und der Streik und die Besetzung bei der Bremer Siemens-Tochter *mdexx* im November 2009, die Proteste gegen Arbeitsplatzverlagerungen beim Autoschlosshersteller *Kiekert* in Heiligenhaus bei Düsseldorf im Dezember 2009, die spontanen Proteste bei Daimler in Sindelfingen im selben Monat oder die Mobilisierung gegen die Schließung der Fabrik von Behr-Mahle in Stuttgart im Frühjahr 2010. Trotz der akribischen Sammelwut bei *labournet*, die dieses Portal zur besten Dokumentation aller Formen von betrieblichen Kämpfen macht, kann es sicherlich nur einen Teil des realen Geschehens abbilden – zumal von interessierter Seite, zu der auch Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre gehören, oft sehr aktiv an der Ausblendung und Verschleierung von Konflikten gearbeitet wird, die nicht ins Bild der sozialfriedlichen Verarbeitung passen. Dazu gehört auch die möglichst schnelle Beilegung von Konflikten, in denen wirkliche Arbeitermacht zum Ausdruck kommt und von denen eine Signalwirkung ausgehen könnte wie die wilden Streikaktionen bei Daimler Ende 2009 (siehe Berichte bei *labournet* und *Wildcat* Nr. 86). Diese Nichtöffentlichkeit des Konflikts und die darü-

ber hergestellte Isolierung ist wiederum eine ganz materielle Voraussetzung für seine routinemäßige und geräuschlose Verarbeitung.

Eine der bemerkenswertesten Initiativen, die sich selbständig und in harter Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft entwickelte und es trotzdem zu einer gewissen Beachtung in der Öffentlichkeit brachte, war das Komitee „Wir sind der GHB!“ von Hafenarbeitern in Bremerhaven. Die Wut über Entlassungen und massive Lohnsenkungen hatte dort zu Protesten und Demonstrationen geführt, aus denen schließlich ein eigenständiges Komitee hervorging, weil die Gewerkschaft ver.di und der Betriebsrat die Interessen der Arbeiter in keiner Weise berücksichtigten oder vertraten (siehe Dossier „Gesamthafenbetriebsverein (GHB) in Bremerhaven“ bei *labournet*, Interview in *Wildcat* Nr. 86). Am 27. Januar 2010 organisierten sie mit Unterstützung aus der örtlichen Antifa und anderen Gruppen eine anderthalbstündige Blockade einer Hafenzufahrt. Als der Hafenumschlag 2009 und 2010 wieder anstieg, wurden nicht wie versprochen die Entlassenen zurückgeholt, sondern mehr Leiharbeiter angefordert. Die Existenz der unabhängigen Arbeiterinitiative hat zumindest dazu beigetragen, dass der Einsatz der Leiharbeit hier nun stärker politisiert wird (siehe „Hire and Fire im Hafen“, *taz-bremen* 12.9.2011).

### **Gefesselter Widerstand in einer Region**

Als ab Oktober 2008 die deutsche Automobilproduktion einbrach, wurden enorme Folgen für die Zulieferindustrie befürchtet – der erste Insolvenzfall traf im Dezember 2008 das Unternehmen *TMD Friction*, das an 15 Standorten in elf Ländern mit 4500 Beschäftigten Bremsbeläge produziert, von denen fast alle Autohersteller abhängig sind. Zunächst sollte niemand entlassen werden, aber Ende Februar wurden 260 Beschäftigte in den deutschen Werken, darunter 160 im Stammwerk in Leverkusen bei Köln, massiv gedrängt, einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben. 40 von ihnen weigerten sich und wurden gekündigt. Vom Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) erhielten sie keinerlei Unterstützung; für sie handelte es sich um eine für die Rettung der Firma notwendige „Sanierungsmaßnahme“ und durch den Sozialplan sei der Stellenabbau ausreichend „sozialverträglich“ geregelt. Die betroffenen KollegInnen klagten nicht nur vor Gericht gegen ihre Kündigung, sondern begannen, regelmäßig zusammen mit ihren Familien vor dem Werkstor zu demonstrieren. Auf diese Weise wurden sie für ein paar Wochen zu einer Anlaufstelle für Leute, die nach Widerstandsorten in der Krise suchten. AktivistInnen aus der Kölner Erwerbslosenszene, die seit Oktober 2007 den „Zahntag“ organisierten, solidarisierten sich – sie bekamen Besuch von Arbeitern des Paketdienstes *DPD in Duisburg*, die dort schon seit einigen Jahren, teilweise erfolgreich, gegen ihre Auslagerung und Prekarisierung kämpften. In der Öffentlichkeit wurden die Proteste bei TMD kaum bekannt; nur ein Journalist

des Kölner Stadtanzeigers verfolgte das Geschehen, aber seine Berichte gelangten lediglich in den Leverkusener Lokalteil.

Die Informationen kursierten vor allem über die migrantischen, in dieser Region vorwiegend türkischsprachigen regionalen Netze aus Community-Strukturen und linken Gruppen. Über sie kam ich im Sommer 2010 zu anderen Belegschaften in Kontakt, die sich gegen Angriffe der Unternehmer in der Krise zu wehren versuchten: Die Putzleute der *Klüh-Flugzeugreinigung* am Düsseldorfer Flughafen und die Obst- und Gemüseverpacker der Firma *Univeg* in Duisburg. Der Reinigungsmulti Klüh, einer der größten Konzerne in dieser Branche, hatte Anfang des Jahres angekündigt, den Betrieb nicht weiterzuführen, weil sein Hauptkunde Air Berlin Kostensenkungen um 20 Prozent verlangte. Der eigentliche Hintergrund war ein jahrelanger Konflikt mit der Belegschaft und ihrem Betriebsrat, in dem die ArbeiterInnen deutlich bessere Bedingungen, als sie in dieser Billiglohnbranche „üblich“ sind, durchsetzen konnten. Sie hatten die Einführung von Arbeitszeitkonten verhindert und einen jährlich festgelegten Schichtrhythmus erreicht, der ihnen erstens das Leben erleichterte und zweitens die Möglichkeit der Chefs einschränkte, die ArbeiterInnen durch die Zuteilung mehr oder weniger attraktiver Arbeitszeiten und Zuschläge gegeneinander auszuspielen. Da alle Bestechungs- und Spaltungsversuche nicht funktionierten, beschloss Klüh, den Betrieb formal zu schließen, um den Betriebsrat und rebellische ArbeiterInnen loszuwerden, sich aber trotzdem einen Teil der vorhandenen Qualifikation zu erhalten, indem einem Teil der Belegschaft das Angebot gemacht wurde, bei der DLG, einer zum Klüh-Konzern gehörenden Leiharbeitsfirma, weiterzuarbeiten (Frings 2010a). Mit einigen Protestaktionen am Werkstor und tagelangen Mahnwachen vor der Konzernzentrale demonstrierten die ArbeiterInnen gegen diese Pläne und hofften darauf, zusammen mit ihrer Gewerkschaft IG BAU (Bauen, Agrar, Umwelt) richtig Druck machen zu können. Im Sommer hatte die Gewerkschaft überlegt, Verhandlungen um einen Sozialtarifvertrag aufzunehmen, was auch Streiks möglich gemacht hätte. Ihre strategische Macht am Flughafen war den ArbeiterInnen bewusst. Als die IG BAU Ende 2009 den ersten landesweiten Streik im Reinigungsgewerbe für höhere Löhne durchgeführt hatte, waren die Warnstreiks der Klüh-Beschäftigten, die den Flugplan durcheinander brachten, für die Gewerkschaft ein wichtiges Druckmittel in dieser schwach organisierten und nicht sehr durchsetzungsstarken Branche gewesen.

Aber in diesem kleinen Konflikt um gerade mal 80 Arbeitsplätze ist es der Gewerkschaft zu heiß, den Betriebsfrieden am Flughafen zu stören. Sie setzt den Betriebsräten massiv zu, endlich einen Sozialplan zu unterschreiben. Ähnlich ergeht es den 250 VerpackerInnen von *Univeg in Duisburg* (Frings 2010b). Sie arbeiten als Zulieferer für einen der größten Handelskonzerne, die Metro, und ihr Betrieb soll im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen der Metro geschlossen werden. Gegen einen äußert schlechten, in aller Eile vom Betriebsrat abgeschlossenen Sozial-

plan organisieren sie Protestveranstaltungen und fordern ihre Gewerkschaft ver.di auf, sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Aber die pocht auf den ausgehandelten Sozialplan und stellt sich hinter den amtierenden Betriebsrat. Hier spitzt sich der Konflikt mit der Gewerkschaft weiter zu: Gegen einen der Rebellen, der zur Minderheitsfraktion im Betriebsrat gehört, lanciert sie ein Amtsenthebungsverfahren. Umgekehrt richten sich die unzufriedenen ArbeiterInnen gegen die Gewerkschaft und demonstrieren vor der ver.di-Geschäftsstelle. Auch ihnen ist klar, dass sie als wichtiger Teil in der Zulieferkette eines Handelsriesens über Produktionsmacht verfügen und dass es Ansatzpunkte zur Verbindung ihres Kampfs mit anderen Konflikten gäbe, denn auch Beschäftigte der Metro sind an mehreren Standorten von der Umstrukturierung betroffen. Mit ihren strategischen Überlegungen wenden sie sich in einem offenen Brief an die Landesleitung der Gewerkschaft (dokumentiert auf *labournet*) – die reagiert mit einem Brief an alle Mitglieder, in dem sie sich bedingungslos hinter die Ortsleitung stellt und erklärt, sie werde es nicht zulassen, „dass ver.di oder einzelne ver.di-Mitarbeiter beschädigt werden“. Mit ver.di haben die ArbeiterInnen hier zugleich auch die Linkspartei gegen sich, da der örtliche Geschäftsführer der Gewerkschaft zugleich Abgeordneter für die Partei im Stadtrat ist. So kommt es, dass sich auch diese politischen Kräfte daran beteiligen, die Proteste der Univeg-ArbeiterInnen als „schädliche Gewerkschaftskritik“ abzutun und zu unterdrücken.

Angesichts der Wut und Mobilisierungsbereitschaft hätte auch hier die Möglichkeit bestanden, für einen Sozialtarifvertrag zu streiken, zumal dieses bisher rechtlich umstrittene Streikziel im April 2007 vom Bundesarbeitsgericht für zulässig erklärt worden war. Aber Streiks sind nicht erwünscht – Deutschland befindet sich im „Aufschwung“ und die Gewerkschaftsvorstände bemühen sich um die Kooperation mit dem Kapital. Während die Gewerkschaften alle Konflikte strikt nach den jeweiligen Branchen trennen und in die „entmächtigende“ Isolation der Einzelbetriebe einsperren, hatten die ArbeiterInnen von TMD, DPD, Kiekert, Klüh und Univeg zueinander Kontakt aufgenommen und unterstützten sich gegenseitig bei ihren Protesten. Sie begreifen sich nicht als Angehörige eines bestimmten Betriebs oder einer Branche, sondern gehen ganz spontan von ihrer Gleichheit als LohnarbeiterInnen aus, die einen gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer führen – wie auch immer der sich im Einzelnen darstellt. Zugleich werden sie von „ihrer“ Gewerkschaft und der Öffentlichkeit ausgegrenzt, was sie als strukturellen Rassismus erleben. Verbal achten heute natürlich alle auf ein „politisch korrektes“ Verhalten, aber faktisch werden sie vom Gewerkschaftsapparat als die dummen, unwisenden Ausländer behandelt, die einfach nicht verstehen, wie man so eine Betriebschließung professionell und routinemäßig abwickelt. So wird ihre artikulierte Wut vom zuständigen Gewerkschaftssekretär auf ihre „mangelnden Deutschkenntnisse“ zurückgeführt. Hinzu kommt das Desinteresse der linken Kräfte, die zwar auf

spektakuläre Bilder wie aus Frankreich hoffen, sich aber indirekt an der Bagatellisierung oder Banalisierung der hiesigen Proteste beteiligen, weil sie deren Brisanz und Möglichkeiten nicht erkennen.

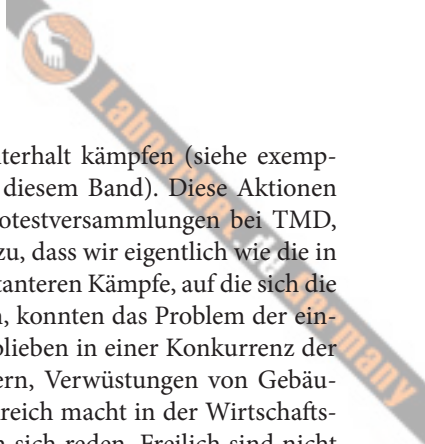
Wie im Fall Emmely erreichen die ArbeiterInnen fast überall mehr über die Arbeitsgerichte als durch gewerkschaftlichen Widerstand: Bei TMD können sich fast alle Entlassenen wieder in die Firma einklagen; bei Kiekert müssen drei Betriebsräte, denen wegen der Proteste fristlos gekündigt worden war, wieder eingestellt werden; im Fall Klüh stellt das Arbeitsgericht in erster Instanz einen „Betriebsübergang“ zur DLG fest, wodurch alle von der neuen Firma übernommen werden müssten; und bei Univeg können die ArbeiterInnen in den Prozessen immerhin die schlechte Sozialplanabfindung etwas anheben. Am Rande der Verfahren sagt mir ein Rechtsanwalt der Entlassenen im Vertrauen, es sei bedauerenswert, dass sie hier mit schwachen juristischen Mitteln ausbügeln müssten, was die Gewerkschaft durch ihren Verzicht auf Arbeitskämpfmaßnahmen verpatzt habe.

### ***Aufschwung der Prekarisierung***

Das Besondere des Krisenverlaufs in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern bestand darin, dass der Einbruch der Produktion im Winter 2008/2009 aufgrund der extremen Exportorientierung tiefer und drastischer, aber auch kürzer war. Angetrieben durch die internationalen und nationalen „Rettungspakete“ erholte sich die Industrieproduktion relativ rasch. Auf die Binnennachfrage und den Konsum hatte sich der Einbruch fast gar nicht ausgewirkt. Neben der Verlängerung des Kurzarbeitergelds pumppte die Regierung viel Geld in die Wirtschaft. Vor allem die im März 2009 eingeführte Abwrackprämie von 2.500 € pro verschrotetem Auto, deren Volumen im April von 1,5 auf 5 Mrd. Euro angehoben wurde, schlug sich unmittelbar in steigenden Zulassungs- und Produktionszahlen nieder. Von den Betrieben wurde die Kurzarbeit zugleich zur Leistungsverdichtung benutzt und mit der Steigerung der Produktion wurde die Prekarisierung ausgeweitet: Schon 2010 lag die statistische Zahl der LeiharbeiterInnen über dem Vorkrisenniveau. Aus diesen „verborgenen Stätten der Produktion“ (Marx) gibt es nur sehr wenige Berichte, aber die kurzen wilden Streiks an den Fließbändern von Daimler in Sindelfingen und in Bremen im März 2011 deuten an, welcher Arbeitsdruck hier mit der Krisenerpression ausgeübt wird.

### ***Kämpfe in Frankreich – zwischen Militanz und Konkurrenz um Aufmerksamkeit***

In Frankreich flammte die Serie von Fabrikbesetzungen und „bosnappings“ ab Anfang 2009 wieder auf, bei denen Belegschaften auf existenzielle Weise im Stil der



Cellatex-Besetzung von 2000 um ihren Lebensunterhalt kämpfen (siehe exemplarisch den Bericht zu Continental in Clairoux in diesem Band). Diese Aktionen machten auch hier Schlagzeilen und auf allen Protestversammlungen bei TMD, Klüh, Univeg usw. raunten sich die ArbeiterInnen zu, dass wir eigentlich wie die in Frankreich kämpfen müssten. Aber auch diese militanteren Kämpfe, auf die sich die erwartungsvollen Blicke aus Deutschland richteten, konnten das Problem der einzelbetrieblichen Isolation selten überwinden und blieben in einer Konkurrenz der anderen Art stecken: „Geiselnahmen von Managern, Verwüstungen von Gebäuden und jetzt auch Sprengungsdrohungen – Frankreich macht in der Wirtschaftskrise durch hart ausgefochtene Sozialkonflikte von sich reden. Freilich sind nicht nur die schiere Verzweiflung der Arbeiter und ihre scheinbar unbegrenzte Gewaltbereitschaft am Werk, sondern auch kühles Kalkül, denn es geht darum, die Aufmerksamkeit der Medien zu erlangen, um somit die Arbeitgeber und die Regierung unter Druck zu setzen. Die Protestler von Nortel beispielsweise haben rasch einen eigenen Pressesprecher zur regelmäßigen Information der Journalisten ernannt. Eine Zeitung wie *Libération* erhält nach eigenen Angaben in der Woche rund zehn Benachrichtigungen von neuen Sozialkonflikten. ‚Unmöglich, über alle zu schreiben,‘ notiert die Tageszeitung. Daher suchen etliche Arbeitnehmer nach immer spektakuläreren Wegen, um ins Rampenlicht zu kommen.“ (FAZ 17.7.2009, siehe dazu auch *Wildcat* Nr. 84).

Diese Situation ändert sich, als sich ab dem Sommer 2010 Proteste gegen die Rentenreform entwickeln (siehe Dossier „Frankreich – Streiken für die Rente“ auf labournet, *Wildcat* Nr. 88). Aus den zunächst noch in der üblichen Weise gewerkschaftlich kontrollierten Demonstrationen und Generalstreiks entsteht ab Oktober eine massenhafte Streikbewegung, die durch die Blockade von Ö Raffinerien schließlich den nationalen Notstand heraufbeschwört: Tagelang können die Tankstellen nicht beliefert werden. Die Bewegung ist durch eine Vielzahl von Aktionen geprägt – Besetzungen, Straßenblockaden, Streiks – und überall entstehen Basisversammlungen, die sich ab Mitte Oktober branchenübergreifend zu koordinieren beginnen. Brisant wird die Situation auch dadurch, dass sich die Subjekte der großen Banlieue-Aufstände von 2005 den Protesten anschließen. Erst mit diesen Kämpfen tritt die Arbeiterklasse in Frankreich in den globalen Zyklus der Krisenkämpfe ein und destabilisiert die Regierung. Von Beobachtern wird auch auf die Grenzen hingewiesen, die es schließlich doch möglich machen, die Reformen Ende Oktober zu verabschieden. „Die Streiks lassen sich auf klar definierte Branchen begrenzen: Bei den Hafentarbeitern, den Müllarbeitern und anderen städtischen ArbeiterInnen von Marseille, in den Ö Raffinerien und bei der Blockade von Mineralöldepots war der Streik umfassend. Im Transportsektor (SNCF und öffentlicher Nahverkehr) wurde zwar zu verlängerbaren Streiks aufgerufen, aber sie waren nicht stark genug, um diese Branchen über längere Zeit zu stören. Wenn man die Ge-



samtheit der Konflikte betrachtet, so blieben sie in den Händen der Gewerkschaftszentralen; dass sie zu genau festgelegten Zeitpunkten losgetreten und wieder angehalten werden konnten, zeigt, dass hinter ihrer radikalen Oberfläche eine genau ausgearbeitete und gut kontrollierte Strategie stand. ... Außer in der Stadt Marseille und der Erdölbranche war kein Schlüsselsektor im Streik, oder nur sehr begrenzt.“ (Échanges Nr. 134).

Wie sich schon in den „Brotrevolten“ 2007/2008 und den Aufstandsbewegungen in Tunesien und Ägypten ab Januar 2010 gezeigt hatte, liegt das politisch Bedrohliche für die Herrschenden in der Verbindung von Streikbewegungen mit urbanen Unruhen und Riots. Aus dieser Mischung entstehen Revolten, die Regierungen stürzen können. In Deutschland wännen sich die Herrschenden noch geschützt durch eine florierende Exportökonomie – aber so wie die Einbrüche der Weltwirtschaft gehen auch die globalen Aufstände nicht unbemerkt an dieser Gesellschaft vorüber. Beim Nachdenken über den „deutschen Sonderfall“ einer Krise ohne Widerstand (Haipeter/Dörre 2011) wird oft übersehen, dass es auch in Deutschland eine Geschichte solcher „unpolitischen“ urbanen Riots gibt, in denen soziale Widersprüche explodieren. Angefangen von den „Halbstarkenkrawallen“ in den Jahren 1955 bis 1958, über die viertägigen „Schwabinger Krawalle“ in München im Juni 1962, an denen sich bis zu 40.000 Jugendliche beteiligten, bis zu den migrantischen geprägten Aufständen wie dem 1. Mai 1987 in Kreuzberg (*wikipedia* „Erster Mai in Kreuzberg“, *Wildcat* Nr. 42), der nicht mit den ritualisierten Berliner 1.-Mai-Ausschreitungen linker Gruppen in den folgenden Jahren zu verwechseln ist, den Krawallen von türkischen Jugendlichen in Solingen und Köln nach dem Solinger Brandanschlag von 1993 mit fünf Todesopfern oder den tagelangen Demonstrationen hunderter Jugendlicher im Kölner Stadtteil Kalk im Januar 2008, in denen sie ihre Wut über die rassistische Ausgrenzung auf die Straße trugen (*Spiegel* 5/2008, <http://de.indymedia.org/2008/01/206066.shtml>). Der Polizei und den Sozialbeamten ist bewusst, wie dünn auch in Deutschland das Eis ist, auf dem die äußerliche Stabilität einer zunehmend zerklüfteten Gesellschaft ruht, die großen Teilen ihrer Jugend keinerlei Perspektiven bieten kann. In einem Vergleich zu den Riots in Frankreich und England wird der Grund für das Fehlen ähnlich umfassender Aufstände in Deutschland weniger in den nur vermeintlich besseren sozialen Verhältnissen gesehen, sondern vor allem in den geschickteren Deeskalationsstrategien des Polizeiapparats (Lukas 2009).

Nach den Erfahrungen der Montagsdemonstrationen im August 2004 hatten linke AktivistInnen gehofft, gegen die Umsetzung der Hartz-IV-Reform eine breite Kampagne oder soziale Bewegung auslösen zu können (siehe *Agenturschluss* 2006). Aber trotz aller Schikanen blieben die Proteste marginal. Materiell gesehen bestand die wichtigste Widerstandsform wahrscheinlich in der Selbstberatung durch die vielen Internetforen, ein „Netzwerk, das die Menschen zum individuellen Wider-



stand durch den Gang zum Gericht ermächtigt und ermutigt“ (Viector-Engländer 2011: 384). Die Zahl der Klagen vor den Sozialgerichten explodierte regelrecht in den folgenden Jahren und brachte die Präsidentin des Berliner Sozialgerichts dazu, in ihrer Neujahrsansprache 2011 in scharfer Form Gesetzgebung und Politik zu kritisieren, zumal die Hälfte der Klagen gegen die Jobcenter erfolgreich waren. Nicht kontinuierlich, aber phasenweise gelang es, auch kollektiv gegen die repressive Abfertigung der Arbeitslosen vorzugehen. Das bekannteste Beispiel sind die Zahlung-Aktionen, die ausgehend von Köln in unterschiedlicher Form auch in anderen Städten praktiziert wurden (Nowak 2009). Auslöser war interessanter Weise ein spontaner Protest, von dem die AktivistInnen nur aus der Zeitung erfuhren. Am 2. Februar 2007 hatten hundert Hartz-IV-Empfänger in der Arbeitsagentur Herne so lange randaliert, bis ihnen das fehlende Geld ausgezahlt worden war. Angesichts der Menge der aufgebrachten Leute sprach Bochums Polizeisprecher Volker Schütte von einem „Massenüberfall in noch nicht da gewesener Dimension“. Am Nachmittag entspannte sich die Situation schlagartig, als alle ihr Geld bekommen hatten. „Diese spontane und erfolgreiche Gegenwehr von Herner Arbeitslosen ermutigte uns, zum ersten Kölner *Zahltag!* im Oktober 2007 einzuladen.“ (<http://de.indymedia.org/2008/11/231518.shtml>) Es gelang einige Male, breiter zu solchen organisierten Zahltagen zu mobilisieren, aber die Proteste ließen sich nicht verstetigen. Wie die historische Erfahrung zeigt, lässt sich solche Unruhe nicht organisatorisch herbeiführen (Piven/Cloward 1986), aber sie schwelt ständig im Hintergrund der entwürdigenden Behandlung auf den Ämtern. Am 19. Mai 2011 wurde in einem Jobcenter in Frankfurt eine Arbeitslose von der Polizei erschossen, als ein Streit um die Barauszahlung von 50 Euro eskalierte. Auch die hochgelobten Deeskalationsstrategien und runden Tische der deutschen Ordnungshüter stoßen mit der weiteren Verschärfung der sozialen Situation auf ihre Grenzen.